

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— M. Einzelverkaufspreis 25.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die abgesetzten Zeitzeile über deren Raum 75.— Mark, auswärtige 80.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 M., für Reklamen 250.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Zielerde

Zeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 292.

Mittwoch, 20. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Amerika wartet auf Antwort.

Geheime Pläne Poincarés.

U. London, 20. Dezember.

Nach einer hier vorliegenden Nachricht aus Washington erwartet die amerikanische Regierung immer noch eine Antwort Frankreichs auf die offiziöse Anregung über ein internationales Bankenkomitee, daß die Höhe der deutschen Reparationschulden feststehen müsse.

U. Paris, 20. Dezember.

Von französischer amtlicher Stelle wurde gestern abend erklärt, die Pläne Poincarés für die Schaffung produktiver Pfänder werden streng geheim gehalten. Alles, was über die angeblichen Pläne dieser Art veröffentlicht wurde, beruhe auf Verzerrungen. Als authentisch hätten lediglich die Erklärungen zu gelten, die Poincaré bereits in der Kammer gemacht habe.

Das französische Echo auf die amerikanischen Vorfürscher ist so ausfallen, wie man es erwarten müsse. Poincaré und seine Presse verschweigen. Frankreich denkt nicht daran, etwas von seinen Rechten aufzugeben. Besonders die Beziehung des linken Rheinflusses darf nicht in Frage gestellt werden. Dementprechend laufen auch die Nachrichten aus Amerika flüssig. Offenbar ist es nicht leicht, den Widerstand der Hochfinanz gegen eine Einmischung Amerikas in die europäischen Angelegenheiten zu überwinden. Man wird diesen einnehmenden Meinungskampf nach Gehör würdigen müssen, ohne ihm vorerst eine ausdrückliche Bedeutung beizumessen. Derartige Angelehnheiten gebrauchen Zeit, um sich entwickeln zu können, und es ist politischer Bruch, daß als Zwischenmusik die Bälle hinüber und krüper fliegen. Es muß immer wieder betont werden, daß es sich bei der amerikanischen Initiative bis auf weiteres nur um eine Sondierungssaktion handelt. Spruchkreis wird die amerikanische Hilfe erst dann, wenn eine allseits befriedigende Lösung des Reparationsproblems gefunden worden ist. Es wäre deshalb auch falsch, wenn man der diesbezüglichen Unterredung des amerikanischen Finanzmagnaten Morgan mit dem deutschen Botschafter in Washington, Biedfeldt, eine sensationelle Bedeutung beimäße. Morgan wiederholte nur Selbstverständliches.

Von größerer Bedeutung ist dagegen eine Meldung, die davon spricht, daß man in Washington den Vorschlag erwägt, die Reparationsfrage einem neutralen Schiedsgericht zu unterbreiten, in dem auch die Regierung der Vereinigten Staaten Sitz und Stimme habe. Das erinnert an den Berzweiflungsschritt der bürgerlichen Regierung Simons-Fehrenbach, die verhindert Amerika als Schiedsrichter anreißt. Wird diesmal der Schiedsrichtergedanke eine mehr als theoretische Rolle spielen? Zu wünschen wäre es. Aber der Widerstand Frankreichs ist stark, und auch Italien scheint ein derartiger Plan nicht gerade zu begeistern. Vorläufig bleibt also alles in der Schwäche.

Aber so wenig es angebracht wäre, schon heute der amerikanischen Initiative ein schnelles Ende vorauszusagen, so wenig wäre es ratsam, wenn die deutsche Regierung alles auf die amerikanische Karte setzt. Zedenfalls muß Deutschland auch auf den Fall vorbereitet sein, daß die endgültige Lösung sich hinauszögert und daß eine Zwischenlösung gefunden werden muß, wenn nicht Poincarés Lichthofsplatte wieder in den Chor des politischen Grammophones eingeschaltet werden soll. Es würde die Situation nicht gerade erleichtern, wenn das Riesengrammophon des Herrn Stinnes diese Gelegenheit für gegeben erachtet würde, die wohlklingende Stimme seines Herrn von neuem erklingen zu lassen. Leider kann man aber mit den Launen der Primaballerinen rechnen.

Euno und die Gewerkschaften.

SPD. Berlin, 20. Dezember.

Das Reparationsproblem scheint nach der Aussöhnung der feindlichen Reichsregierung nur die Unternehmer, nicht aber die Arbeiter zu interessieren, die in der Hauptstadt an der Durchführung unserer Verpflichtungen gegenüber dem Ausland beteiligt sind. Das muß man wenigstens annehmen; denn bisher hat die Reichsregierung nicht daran gedacht, neben den vielen Bankiers und Industriellen auch maßgebende Vertreter der Gewerkschaften über die Renaturierungen zu befragen. Die Zahl der Bankiers und Industriellen scheint so groß gewesen zu sein, daß Herr Euno und Herr Hermes überlaupft nicht mehr wissen, mit wem sie verbündet haben; denn sonst könnten sie nicht behaupten, sie hätten auch Vertreter der Gewerkschaften empfangen, um mit ihnen über die wirtschaftliche Lage und die durch sie aufgeworfenen Probleme zu sprechen. Wir betonen, daß die Vertretung der Arbeiterschaft, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, bis Dienstag mittags weder eine Einladung erhielt, noch eine Befreiung mit der Regierung geführt hat. Sollte Herr Euno von dem Besuch dieser Organisation mit über 8 Millionen Mitgliedern keine Kenntnis haben und der Meinung sein, daß die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit die christlichen Gewerkschaften oder die Hirsch-Dunkerschen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt haben?

Das Reichsfinanzministerium hat am Montag zwei Pläne ausarbeiten lassen, die sich mit der endgültigen Lösung des Reparationsproblems beschäftigen. Noch vor Weihnachten soll über diese Pläne mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie besprochen werden. Beide Ausarbeitungen sind auf dem System der Annuitäten aufgebaut.

Im Kampfe gegen die Spekulation.

Eine Devisenverordnung auch in Belgien.

U. Brüssel, 19. Dezember.

Die belgische Regierung beabsichtigt, wie schon neulich kurz gemeldet, mit großer Schärfe gegen die Spekulation vorzugehen. Sie hat die Absicht, so rasch wie möglich eine Sachverständigen-Kommission zu berufen, um die auf diesem Gebiete einzuschlagenden Maßnahmen gegen die Spekulation einzuleiten. Der Bericht dieser Sachverständigen soll die Grundlage eines Gesetzes bilden, das der Finanzminister so rasch wie möglich der Kammer zugehen läßt und das baldigst in Kraft treten soll, weil die Spekulation für den belgischen Kurs als dauernd gefährlich angesehen wird.

Strassenkämpfe in Turin.

Turin, 19. Dezember.

Eine Gruppe von Faschisten wurde von Kommunisten mit Revolverstichen angegriffen. Vier Faschisten wurden getötet, mehrere verwundet. Das kommunistische Versammlungskloster wurde in Brand gesetzt. Es entstanden schwere Konflikte, die noch immer andauern. Vier Kommunisten wurden getötet, darunter ein Stadtrat.

Turin, 19. Dezember.

Bei schweren Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten sind 11 Personen getötet und zahlreiche schwer verwundet worden. Der kommunistische Abg. Bagella wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Kommunist, den man beim Mittagessen verhaftete, wurde an Ort und Stelle erschossen. Ein kommunistischer Transportarbeiter wurde im sterbenden Zustand mit drei Revolverkugeln in der

Brust aufgefunden. Die gesamten faschistischen Abteilungen von Turin sind mobilisiert worden.

Auch in Ungarn ist jetzt – zu all den übrigen Mörderbanden, die sich „Detachements“ und „Erwachende Ungarn“ nennen – eine Faschisierung organisiert worden, die sich „Hungarien“ nennt. Der Erzterrorist Stefan Friedrich spielt mit.

Polnisches aus Oberschlesien.

Wie sehr sich die Polen in Oberschlesien die altpreußische Kakistien-Politik nun mehr selbst zu eigen machen, er sieht man aus einem läppischen Prozeß, den sie gegen den verantwortlichen Redakteur des Katowicer „Volkswillen“, des Organs der deutschen Sozialdemokratie im abgetrennten Oberschlesien, den Genossen Dr. Wolff, durchgeführt haben. Das Gericht bestätigte eine Polizeistrafe von 1000 Mark für jeden Tag, an dem der Katowicer „Volkswille“, den Erscheinungsort Katowic nicht unmittelbar hinter dem Namen des verantwortlichen Redakteurs, sondern erst hinter sämtlichen aufgeführten Redakteuren aufwies. Außerdem wurde über den „Volkswillen“ eine Strafe von gleichfalls 1000 Mark verhängt wegen groben Unfugs, der dadurch begangen sein sollte, daß das sozialdemokratische Blatt einen Artikel der „Börsischen Zeitung“ übernommen hatte, in dem das Verhalten der polnischen Behörden in Ost-Oberschlesien in nicht gerade angenehmen Tönen gebrandmarkt wurde. – Wenn die politischen Nationalisten glauben, auf diese altpreußische Schikaner-Methode die deutsche Sozialdemokratie im polnischen Teile Oberschlesiens klein zu bekommen, so irren sie sich ebenso, wie sich Wilhelm II und seine Kreaturen geirrt haben.

Eine neue Abrüstungskonferenz.

U. New York, 19. Dezember.

Im Repräsentantenhaus wurde das Flottengesetz angenommen, das eine Bestimmung enthält, die den Präsidenten Harding zur Einberufung einer internationalen Konferenz ermächtigt, die die Frage der Beschränkung der kleinen Schiffs-einheiten prüfen soll.

Der Dollar steigt.

Berlin, 19. Dezember.

Obwohl die Effektenbörsen heute geschlossen war, herrschte doch in der Burgstraße lebhaftes Treiben. Der Devisenverkehr hat wohl seitens das Interesse ganz Deutschlands so stark auf sich gezogen, wie heute. Die Börse bringt den New Yorker Meldungen ein gewisses Misstrauen entgegen, wenn sie auch mit der Tatsache des Zustandekommens einer Anleihe im nächsten Jahre rechnet. Man sagt sich, daß von der Erklärung der Bereitwilligkeit der amerikanischen Bankiers bis zum effektiven Zustandekommen noch geraume Zeit vergehen kann. Der Dollar, der heute vormittag bereits wieder mit 6800 gehandelt wurde, stieg im offiziellen Verkehr an der Börse weiter bis auf 7350. Aufsehenerregend nehmen Großhandel und Industrie bereits, soweit es die flüssigen Geldmittel erlauben, Deckungs-fälle vor.

Dollar 6700.

Der Haager Friedenskongress.

Von Otto Wels.

Wie eine dunkle, gewittergeschwängere Wolke hing über der Tagung des Friedenskongresses im Haag die gleichzeitige Konferenz von Lausanne und noch mehr die der vier Staatsleiter der Alliierten in London.

Nach den Veröffentlichungen über die im Ellysee geschmiedeten Pläne der französischen Gewalthaber konnte die Nachricht von der beginnenden Besetzung des Ruhrreviers, von der Vorbereitung der Loslösung der Rheinländer jeden Augenblick als zündender Blitz in die Versammlung hineinschlagen. An Stelle jeder theoretischen Erwähnung, jeder platonischen Erklärung, ja jeder vorbereitenden Zukunftsarbeit zur künftigen Sicherung des Weltfriedens wäre dann das akute Problem getreten: Was nun? Und der Kongreß hätte um der Zukunft der Arbeiterbewegung willen eine unzweideutige Antwort geben müssen.

Kein Zweifel, daß es sich dabei um entscheidende tiefgreifende Maßnahmen hätte handeln müssen, die eine sofortige langjährige Abschaltung der vorhandenen Kräfte bedingt und den Kongreß vor Fragen von unendlich größer Schwierigkeit gestellt hätte, als die Erledigung der vorgezogenen Tagesordnung sie bot. Denn die Internationale der Arbeit muß auch wenn ihr die glühendste Sympathie aller Pazifisten der Welt zur Seite steht, mit den Verhältnissen rechnen, wie sie sind, und darf keinen Kampf führen, der von vornherein zur sicheren Niederlage und damit zur weiteren Schwächung der Arbeiterklasse führen würde, die ohnehin auf dem gewaltigen Felde ökonomischer Vertreibung von dem siegreichen Kapitalismus in die Verteidigungsstellung gedrängt ist.

Es ist das große Verdienst dieses Kongresses, daß er die Arbeiterschaft, gemeinsam mit den bürgerlichen Friedensfreunden, auf einem für die Welt lebenswichtigen Befreiungsfeld aus der Defensivheraus zum Angriff auf das Schlachtfeld des Kampfes geführt hat: des Kampfes gegen den Krieg. Mit der Einberufung dieses Kongresses hat der internationale Gewerkschaftsbund vor der gesamten Welt zum Aufruhr gebracht, daß die freien Gewerkschaften den Kampf für den Weltfrieden und gegen den Krieg als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten.

In allen Ländern ist die Lage der Arbeiter die gleiche. Überall ist die Arbeiterschaft gezwungen, um das nackte Leben zu kämpfen. Es besteht kein großer Unterschied in den Ländern der Sieger und der Besiegten. Die Proletarier tragen überall das gleiche Los. Der nationale und internationale Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft führt deshalb auf gerader Linie zum Kampf gegen den Krieg, gegen Kapitalismus und Imperialismus. Die Resolution des internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom, die künftigen Krieg durch das Mittel des allgemeinen Generalstreiks begegnen will und seine Ausführung in erster Linie auf die internationalen Organisationen der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter stützt, war der eigentliche Unterbau des Kongresses im Haag.

Auch rein äußerlich hat der Weltfriedenskongreß ein eindrucksvolles Bild. Hunderte von Delegierten im Dienste einer Idee! Oder doch nicht so ganz? Denn von Quiddie bis zu Radetz kann man von einer Einheit der Ideen wohl nicht gut reden. Die kommunistische Internationale hat die Resolution von Rom niemals anerkannt. Ihre einzige wirklich positive Leistung ist die Schaffung der Roten Armee in Sowjetrußland. Mit starken Worten erklärte Radetz denn auch: „Wir werden die Rote Armee nicht abbauen und wir werden sie gebrauchen wenn die anderen nicht abrücken.“ Das ist bestimmt nicht die Sprache eines Pazifisten. So spricht ein seiner Richtung bewußter Militarist.

Für jeden Kenner der Verhältnisse, für jeden, der weiß, daß der Kommunismus mit der Deckmantel für die russische Außenpolitik ist, sagte er damit allerdings nichts Neues. Der Kongreß im Haag hat deshalb auch einen scharfen Trennungsrück gegen die Kommunisten gezogen, indem er in der von den Russen abgelehnten gewerkschaftlichen Resolution erklärt: Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für diese Kampfführung die Resolution von Rom zur Grundlage zu nehmen.

Es soll nicht verhehlt werden, daß der Abschluß derselben Resolution: „Die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in den Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes“, in den Kreisen der sozialistischen Internationale nicht ohne Bedenken angeladen wurde. Gewiß handelt es sich bei der Durchführung eines internationalen Generalstreiks um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften. Es ist deshalb nur richtig, wenn die Entscheidung über seine Anwendung bei denen liegt, die die volle Schwere der Verantwortung zu tragen haben.

Der Streit zur Verhinderung eines Krieges aber, der nicht einmal ein Weltkrieg zu sein braucht, sondern sich auch wieder einmal auf zwei Staaten beschränken kann, ist in eminentem Sinne ein politischer Streit. Die politischen Parteien, die sozialdemokratische Presse, die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten werden in der dem eventuellen Streit vorangehenden Situation in allen Ländern auf das stärkste engagiert und mit ihnen die sozialistische Internationale. Es ist vielleicht nicht zuviel gelagt, daß nur die allzu lange aufstehende Trennung der Internationale von London und Wien und ihre dadurch bedingte Untätigkeit zu dieser schwerwiegenden po-

lischen Belastung der internationalen Gewerkschaftsbewegung geführt hat, in der mancher vielleicht allzu Besorgte die Vorfürsche eines neuen internationalen Syndikalismus zu sehen vermeint.

Es ist deshalb von doppelter Bedeutung, daß die angenommene Resolution gegen die Bedrohung des Ruhrreviers nicht nur von den französischen und belgischen sozialistischen Parteien eingeholt wurde, sondern auch von den französischen Gewerkschaften, die bisher jede gemeinschaftliche politische Aktion mit der sozialistischen Partei abgelehnt haben. Hier zeigte die Notwendigkeit die gemeinsame Arbeit. Die Sammlung aller Kräfte gegen den Krieg, der gemeinsame Aufmarsch „aller, die guten Willens sind“, der Welt die Greuel des organisierten Massenmordes für die Zukunft zu ersparen, hat begonnen. Es ist die Aufgabe der Arbeiterschaft, unbekümmert um die von kommunistischer Seite erhobenen Anwürfe, immer weitere Kreise auch des Bürgertums in den Bannkreis dieses Gedankens zu ziehen. Die Arbeiterschaft darf sich in diesem Kampf nicht isolieren, sondern sie muß alles daran setzen, um es zu einer Isolierung der Militaristen und Kriegsheeren zu bringen. Nur so kann das im Haag begonnene Werk der Friedenssicherung gelingen, das Zusammenfluß der Friedenskrieger so stark werden, daß ein internationaler Generalstreik nicht mehr notwendig ist.

Dazu wird nichts so sehr beitragen, wie die Einigung der sozialistischen Internationalen, zu der die Vertreter der beiden Exekutiven von London und Wien endlich die entscheidenden Schritte getan haben. In wiederholten eingehenden Besprechungen zeigte sich immer klarer, daß eine grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der beiden Richtungen nicht bestand. Für uns deutsche Sozialdemokraten war es eine Genugtuung zu hören, daß die Einigung, die wir in Deutschland vollzogen haben, jedes Hindernis aus dem Wege geräumt, ja, die Notwendigkeit für die internationale Einigung geschaffen habe.

Aber selbst wenn die tatsächliche Einheit der Auffassung in allen wesentlichen Dingen nicht vorhanden wäre, so müßte die Einigung kommen, und zwar so bald als nur irgend möglich. Jeder Tag Versäumnis ist hier verlorene Zeit, das heißt nutzlos verschwendetes kostbares Gut. Zu groß sind die Gefahren, die die Entwicklung der nächsten Monate für die Arbeiterschaft und die Arbeitbewegung bringen können, als daß sie sich den Luxus der Spaltung und der damit verbundenen Lähmung noch länger gestatten darf.

Für die internationale Sozialdemokratie wird das Werk vom Haag in der Pfingstwoche 1923 zu Hamburg seine Fortsetzung finden, nachdem schon vom 5. bis 7. Januar 1923 die vorbereitenden Arbeiten in Köln a. Rh. in Angriff genommen sein werden.

Die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft Hamburgs wird den Sendboten des internationalen Sozialismus zu ihrem Einigungskongreß einen Empfang bereiten, der der Welt zeigt, wie sie mit ihrem ganzen Herzen von der Wahrheit des Flammenwertes durchdrungen ist, mit dem einsamen Marx und Engels die Internationale ins Leben riefen:

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Das Brot der Volkspartei!

Die Regierung verteidigt den hohen Brotpreis.

Zwar hat die Reichsregierung mit Nebereifer unsere Forderung bekräftigt, daß ein Marktbrot in Zukunft 600 Mark kostet. Tatsam aber wird an der Tatsache nichts geändert, daß wahrscheinlich ab 15. Januar dieser Preis für ein Brot ungefähr erreicht wird. Für die wesentliche Steigerung des Preises für das Umlagegekennzeichnete gibt die Reichsregierung uns folgende Begründung:

Der Anstieg der diesjährigen Kartoffelernte wurde durch die abschließende Kartoffelernte weitgemacht. Der Preis der Kartoffeln ist im Vergleich mit allen anderen Preisen außerordentlich niedrig geblieben. Die Landwirte zeigten (mit Ausnahmen natürlich) bei dem Verkauf der Ernte den Verbrauchern geraußen stehendes Entgegenkommen. Nach der Freigabe der Kartoffeln hatte sich die Landwirtschaft mit beiderseitigem Eifer dem Kartoffelangebot zugewandt. Es ist nun wohl so gut wie ausgeschlossen, daß wir auch im nächsten Jahr eine gleich gute Kartoffelernte haben werden. Das soll aber geschehen, wenn Größe und Ertragbarkeit der Getreideanbau für genügt. Die Winterbefestigung war im Laufe der langen Ernte und des kalten Wetters bedenklich manvoll, und es haben große Sorgen für die Winterzeit. Die Kopfdrücke wird bei der Winterzeit wohl noch manches bessern, aber doch auch keine Wunder werden können. Wichtig ist also die Zufahrtsbefestigung. Die Kraft dieser Befestigung wird von psychologischen und finanziellen Faktoren abhängen. Der Landwirt muss auf einen enttäuschenden Löhn für seine Arbeit rechnen können, und er muss Geld haben, um Schäden litten zu können. Die Landwirte, besonders die mittleren und kleineren, leiden bereits stark unter der Kreditnot. Die Dingenmittelbehörden werden sicher zufrieden sein und wir die Gemeinschaften halten einkreisen in Erwartung höherer Getreidepreise mit den Abschaffungen aufzuhören. Der Chitt-Solzert-Antas-Brennens mußte einstimmen aus organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten zurückgestellt werden. So bleibt nichts anderes übrig, als durch eine höhere Bezahlung des Umlagegekennzeichneten den Übergang der Landwirte zur eigentlichen Wirtschaft zu verhindern. Die Folgen dieses Überganges würden gerade die Verbraucher, vor allem die der Großstädte, treffen. Gerade in diesem Interesse liegt es, die landwirtschaftliche Produktionssteigerung, die nicht mit Gewalt erzwungen werden kann, zu fordern.

Wir befürchten nicht, daß diese Gruppe der Reichsregierung eine gewisse Rücksicht fordert. Aber wir sind andererseits auch der Auffassung, daß es neben rein sozialistischen Rücksichten auch noch andere Rücksichten gibt, die bei der Festsetzung des Getreidepreises maßgeblich waren. Unter diesen Umständen haben wir eine zweckdienliche Erhöhung des bisher für das Umlagegekennzeichneten Preises für Vollkornmais ausgetrieben. Durch diesen die wesentliche Erhöhung des Preises für eine Tonne Umlagegekennzeichneten von 170 000 bis 180 000 Mk. werden die Landwirte so formell verärgert fühlen, das Getreide in höherem Maße abzuliefern, als es bisher der Fall war.

Unzufriedenheit im Zentrumsfurm.

Das Zentrum möchte wie die Demokraten bald nach dem Kaiserreich-Rückzug eine Schwäche nach zeigen. Über dem Zentrum, mit der Deutschen Volkspartei in ein engeres Verbündnis zu kommen, versetzt es seine besten Traditionen. Das ist in den Reihen der katholischen Arbeiterschaft nicht unbedingt geboten und hat den manchen Kämpfern wundern lassen. Die Verhandlung der katholischen Arbeiterschaft und dem Kappvereine befreundete die Deutsche Volkspartei, manch bekannter Name ist. Sie steht in einem längeren Artikel alle ihre Organisationen zusammen, aus denen besteht, daß das Zentrum die Zukunft der katholischen Arbeiterschaft nicht mehr verantworten und bemerkt dazu:

„Das ist die Partei des Wests. Sie hat aus die Macht. Magistrat und Gouverneur gibt's keine in ihr, die aus Staatsministeren

Rentenerhöhung für Arbeitsinvaliden und Kriegsopfer!

Durch Verordnung vom 26. Oktober ds. Js. sind die Unterstützungsätze auf Grund des Notstandsgesetzes vom 7. Dezember 1921 bei einer Alters- oder Invalidenrente von 7200 auf 18 000, bei einer Witwen- oder Witwerrente von 5700 auf 15 000, bei einer Waisenrente von 3200 auf 7000 Mark erhöht worden. Angesichts der geradezu verzweifelten Notlage der Alters- und Invalidenrentner, wie deren Angehörigen und Hinterbliebenen beantragten die Sozialdemokraten im Oktober bereits eine Verhinderung der vorgelebten Unterstützungssätze. Nach den Anträgen der SPD sollte die Unterstützung erhöht werden: von 7200 auf 28 800, von 5700 auf 22 800, von 3200 auf 12 800, das nicht anzunehmende Arbeitsinkommen von 1000 auf 16 000 Mark. Außerdem sollte bei Berechnung des Jahreseinkommens für jedes Kind der Betrag von 2200 bzw. 1000 Mark, die Bezüge aus öffentlichen Kassen sowie aus privaten Pensionskassen oder aus Werkkassen von 1200 auf 4800 Mt. erhöht werden. Die bürgerlichen Parteien lehnten diese bescheidenen sozialdemokratischen Anträge fast herab; sie beschloßen, die Sätze von 7200 auf 18 000, von 5700 auf 15 000, von 3200 auf 7000 Mt. zu erhöhen; für die Erhöhung der Kinderbeihilfen hatten sie kein Verständnis.

Angesichts der weiteren Geldentwertung und überzeugt von der Unzulänglichkeit der bisher getroffenen Maßnahmen sah sich das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, noch kurz vor Eintreten der Weihnachtsferien dem Reichstagsausschuß eine neue Verordnung vorzulegen, die eine Verdopplung der Sätze vom 26. Oktober d. J. vorläßt. Bei Berechnung des Jahreseinkommens sollte für jedes Kind der Betrag auf 1000 Mt. (bisher für die ersten vier Kinder je 500, für jedes weitere Kind je 600 Mt.), die Bezüge aus öffentlichen Kassen sowie aus privaten Pensionskassen usw. von 1200 auf 9000 Mt. erhöht werden.

Die sozialdemokratischen Ausschüsse bezeichnen, erhalten sie auf Grund einer neuen Verordnung vom 1. Dezember d. J. ab eine weitere Erhöhung um 20 bis 25 Prozent. Unsere Genossen fanden diese Beiträge, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen sollen, für völlig unzureichend und forderten eine stärkere Berücksichtigung besonders der Schwerbehinderten, die nur zu fünf Renten angewiesen sind. Die Regierung erklärte, daß sie die Januar-Rente um das Vierfache erhöhen werde. Der 19. Ausschuß nahm dazu eine Entscheidung an, die die Regierung erachtet, die für Januar in Aussicht genommene Erhöhung derart vorzubereiten, daß darin für den Monat Dezember eine nochmalige Nachzahlung enthalten ist.

So erfreulich es ist, daß es noch vor Weihnachten möglich war,

für die Armen unseres Volkes eine Erhöhung ihrer kümmerlichen Bezüge durchzuführen, so ist auch diese Hilfe keineswegs ausreichend, und noch wie vor wird es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß sowohl die Arbeits-

invaliden, wie die Kriegsopfer vor dem Hungertode bewahrt bleiben.

Richard Mayer-Zwickau.

gegen die Arbeiterschaft es auf ein „Biegen oder Brechen“ ankommen lassen wollen. Wir warnen! Wir warnen vor Machtproben. Wir warnen auch davor, die Arbeiter etwa überlisten zu wollen. Gewinne, die aus falschen Methoden kommen, sind meistens keine Gewinne. Die Arbeiterschaft empfindet ohnehin sehr deutlich, daß die soziale Reaktion am Boden gewinnt. Es wäre schmerlich für sie, wenn sie eines Tages feststellen müßte, daß auch in der Zentrumspartei der soziale Geist sich verflüchtigte.“

Diese Ausführungen zeigen deutlich, einen wie hohen Grad die Erhöhung der katholischen Arbeiterschaft erreicht hat. Wir befürchten, die Mahnurte werden ungehört verhallen, wenn es dem Zentrum nicht gelingt, sich aus der jetzt wachsenden Abhängigkeit von der Deutschen Volkspartei zu befreien. Die abhängigen Gewölle der Schwerindustrie und die demokratische Staatsform sind zwei Dinge, die sich nicht miteinander vertragen.

Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten.

Die Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten, die am 15. und 16. Dezember im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben zu einer vorläufigen Einigung geführt. Die Verhandlungen waren überaus schwierig und drückten wiederholt zu scheitern. Über die grundsätzliche Frage der freien Wahl wurde eine Einigung nicht erzielt. In der Frage des ärztlichen Honorars erklärten sich die Krankenkassen bereit, für den Monat Dezember die Mindestsätze der preußischen Gebührenordnung auch für Januar zu setzen. Dazu lösten diejenigen Zeuerungszuläufe weiter, die von einem Ausschluß der Ärzteschaft als Ausgleich für die im Dezember 1922 entstandene Zeuerung festgelegt werden. Die Ärzte legten die Verlängerung der Krankenkassenrechten widerstand entgegen und verlängerten die Einsetzung eines Schiedsgerichts, dessen Sitzung nach Ablauf des Monats Januar bestimmten soll, welche Zeuerungszuläufe für den Januar hinzukommen sollen. Die Krankenkassen lösten sich verpflichten, diesen Spruch unbedingt anzuverfolgen. Die Ärzte lehnten diese Forderung ab. Schließlich einigte man sich darin, Anfang Februar unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums in Verhandlungen über den für Januar gültigen Zeuerungszuschlag einzutreten. Sollten die Verhandlungen zu seinem Ergebnis führen, dann soll des Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht zusammenziehen, das mit bindender Kraft für beide Teile eine Entscheidung trifft. Die Ärzte werden also im ersten Monat des nächsten Jahres ihre fachärztliche Tätigkeit weiter fortsetzen.

Der Reichsinter-Ausschuß hat im Anschluß an diese Verhandlungen über die Zuständigkeiten der Honorare für die Monate Oktober und November beraten. Danach erhielten die Ärzte im Oktober für die Beratung den Betrag von 50 Mt., für den November 190 Mt. Im Dezember beträgt die Gebühr 200 Mt. Die Zeuerungszuläufe wird der Reichsinter-Ausschuß im Januar festlegen.

Ausfuhrfreiheit für Seefische?

Der Ausschluß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich am 15. Dezember mit der Aufhebung der Ausfuhrbeschränkung und der Frage der Frachtminderung für Seefische und Seefischprodukte. Einstimmig wurde folgender Antrag aufgenommen:

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle die Reichsregierung erläutern, alle zur Zeit für die deutsche Seefischerei befindlichen Ausfuhrverbote mit größtmöglicher Befreiung zu erheben. 2. die am 1. Dezember 1922 in Kraft getretenen Frachten für die deutschen Seefische und Seefischprodukte auf die vor dem 1. Dezember 1922 gültigen Sätze zu erhöhen und weiterhin einen härteren Ausgleich zwischen Seefisch- und Wagenladungssatz für Seefische und Seefischprodukte vorzunehmen.

Die niedrigen Staatsarbeiterlöhne.

Die Reichsfinanzministerie fanden am Dienstag vorzeitig die am Montag abgebrühte Verhandlungen mit dem Beamtenteil der Eisenbahnorganisationen der Beamten und Siebzehnte der Eisenbahn ab. Ministerialrat v. Schlesien konnte in Beiseitung des Reichsfinanzministers keine bestimmten Zugeständnisse mehr erlangen. Seine Ausführungen betrafen hauptsächlich die der Annahme, daß wenigstens die bestehenden Verhandlungen im Bereich der Beamten und Siebzehnte der Eisenbahn zu einer weiteren Erhöhung des Monatslohn beschränkt. Die Organisationen haben zu der Situation noch nicht Stellung genommen, sind aber in großer Sorge darum, daß die Eisenbahn weiterhin schlechte Kasse zu neuen Sitzungen des Eisenbahnministers führen könnte. Da Breslau ist es bereits zur Tarifverhandlung, zu Demonstrationszügen und Ultimaten gekommen, jedoch konnte der Eisenbahn bald beigelegt werden.

von 18 000 auf 43 200, für eine Witwen- oder Witwerrente von 15 000 auf 34 200, für eine Weisenrente von 7000 auf 19 200 Mt., den Betrag von 1000 Mt. für jedes Kind auf 6000 Mt. zu erhöhen. Nach eingehender Begründung der Anträge stimmte der Ausschluß den Anträgen zu mit der Ausnahme, daß anstatt 6000 Mark für jedes Kind 3600 Mt. festgesetzt wurden. Ab 1. Dezember d. J. beträgt demnach die monatliche Rente eines Alters- oder Invalidenrentners 3600, eines Witwen- oder Witwerrentners 2850 Mt. und eine Waisenrente 1600 Mt. Der Ausschluß nahm eine Entscheidung an, die die Regierung erachtet, den Reichstag in kürzester Frist einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die gesetzliche Unterhaltspflicht und die vertraglich übernommenen Verpflichtungen für die Leistung von Unterstützungen an Angehörige dem gesunkenen Geldwert entsprechend neu regelt.

Die Zulagen zu den Renten aus der Unfallversicherung gemäß der Verordnung vom 4. Oktober d. J. sind vervielfacht worden. Diese erhöhten Zulagen werden die Zeit nach dem 30. November d. J. gewährt. Ein Gesetzentwurf über weitere Erhöhung der Zulagen, der einige grundlegende Änderungen vorsieht, wurde dem Ausschluß überwiesen. Er soll im Januar beraten werden.

Soweit die Kriegsopfer gemäß des Gesetzes vom 21. Juni d. J. Teuerungszuläufe beziehen, erhalten sie auf Grund einer neuen Verordnung vom 1. Dezember d. J. ab eine weitere Erhöhung um 20 bis 25 Prozent. Unsere Genossen fanden diese Beiträge, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen sollen, für völlig unzureichend und forderten eine stärkere Berücksichtigung besonders der Schwerbehinderten, die nur zu fünf Renten angewiesen sind. Die Regierung erklärte, daß sie die Januar-Rente um das Vierfache erhöhen werde. Der 19. Ausschuß nahm dazu eine Entscheidung an, die die Regierung erachtet, die für Januar in Aussicht genommene Erhöhung derart vorzubereiten, daß darin für den Monat Dezember eine nochmalige Nachzahlung enthalten ist.

So erfreulich es ist, daß es noch vor Weihnachten möglich war, für die Armen unseres Volkes eine Erhöhung ihrer kümmerlichen Bezüge durchzuführen, so ist auch diese Hilfe keineswegs ausreichend, und noch wie vor wird es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß sowohl die Arbeits-

invaliden, wie die Kriegsopfer vor dem Hungertode bewahrt bleiben.

Richard Mayer-Zwickau.

Besonders ernst sieht man in Eisenbahnerkreisen die Lage im Westen des Reiches an. In Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M. und Ludwigshafen ist die Erregung der Eisenbahner überaus groß. Die letzte Lohnherhöhung hat nicht die gewünschte Ausgleichung an die Löhne der Industriearbeiter gebracht. In Düsseldorf z. B. bleiben die Stundenlöhne der Staatsarbeiter um 100 Mt. hinter denen der Industriearbeiter zurück. Bei der Berliner Zentrale des Eisenbahnerverbandes laufen ununterbrochen Proteste gegen die letzte Lohnregelung ein. Es wird aller Kraft der Organisation bedürfen, um Betriebsstörungen, wie wir sie in den letzten Jahren schon immer in der Weihnachtszeit gehabt haben, zu vermeiden.

An amtlichen Stellen glaubt man, daß ein Anlauf zu irgendwelchen Beunruhigungen nicht vorhanden ist.

Ministerkonferenz über die Ernährung.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder traten am Montag zu einer Konferenz zusammen. Der Vorsteher, Reichsminister Dr. Luther, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, er habe seine Amtsführung in der Weise begonnen, daß er sich sofort in Verbindung gesetzt habe mit den Organen der Erzeuger und Verbraucher, sowie den politischen Parteien. Er begrüßte es besonders, jetzt auch gleich mit den Reichsministern der Länder eine eingehende Aussprache über die dringendsten Fragen der Gegenwart und der kommenden Entwicklung zu haben, die er angehoben sieht, als besonders wichtig anzusehen. In ausgedehnter sachlicher Aussprache wurde dann die Frage der Brot- und Milchversorgung behandelt. Sehr ausführlich wurde danach die Frage der Zudernerversorgung besprochen. Die Erörterungen über die Möglichkeiten einer Produktionsförderung soll in einer in Kürze einzuberuhenden Konferenz in Merseburg behandelt werden.

Freistaat Niedersachsen?

Der „Arbeitsausschuß für die niedersächsische Freiheitsbewegung“ hatte bekanntlich vor einiger Zeit beim Reichsminister des Innern eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit dieser Kreise zu Preußen beantragt. Aus formalen Gründen wurde der Antrag damals abgelehnt. Seit ist er von neuem gestellt, aber auf Stade und Lüneburg beschränkt worden. Es wird von dem Arbeitsausschuß betont, daß diese Einschränkung keinen Bezug auf das Endziel der niedersächsischen Bewegung bedeutet. In einem Begleitschreiben zu diesem Zulassungsantrag haben die Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff und Alpers sich bereit erklärt, über den Termin der Abstimmung mit dem Reichsminister des Innern in Verbindung zu treten, um irgend welche sich aus der politischen Lage ergebenden Schwierigkeiten von vornherein zu vermeiden.

Der Personalabbau bei der Post.

Bei der Beratung des Posthaushaltsentwurfes im Reichsausschuß führte der Reichspostminister über den Personalabbau u. a. folgendes aus: Die Grundlagen für seine planmäßige Durchführung sind geschaffen durch Feststellung der dauernd erforderlichen Dienstposten im Gegensatz zu den nur vorübergehenden. Diesem Zweck dient das neuerdings eingeführte Verfahren der Leistungszählungen. Der Aussichts- und Bureau-dienst soll eingeschränkt werden. Im laufenden Jahre sind bis jetzt 12 000 feste Dienstposten einzugehen worden. Etwa die gleiche Zahl wird in den nächsten Monaten wegfallen. In andere Verwaltungen sind bis jetzt 3 000 planmäßige Beamte abgegeben. Die Abgabe wird weiter durchgeführt. Entbehrliche Hilfskräfte müssen abgestoßen werden.

Vollständliche Ausdrucksweise.

Der verantwortliche Redakteur des „Miesbacher Anzeigers“ wurde vom Münchener Schwurgericht von der Auflage der Beleidigung des Reichsgerichts freigesprochen. Das Blatt hatte das Gesetz des Reichsgerichts mit Hintergedanken verglichen und andere nicht wiederzugebende Vergleiche in Miesbacher Ausdrucksweise gezeigt. Das Gericht trat der Behauptung des Angeklagten und seiner Sachverständigen bei, daß er sich mit einer vollständlichen Ausdrucksweise bedient habe. Es ist danach anzunehmen, daß alle vom Staatsgerichtshof an bayrische Gerichte verwiesenen Fälle einen ähnlichen Ausgang nehmen.

Politikerin oder Frauenrechtlerin?

Von Anna Bloß, Stuttgart.

Es wird manchem wundern, daß man die Frage, ob Politikerin oder Frauenrechtlerin, überhaupt aufwerfen kann. Und doch liegt sie nahe. Sehr viele meinen ja, mit der Gleichberechtigung in der Politik wäre der Kampf um die Frauenrechte überhaupt erledigt. Im Grunde beginnt er erst, denn so groß die äußere Freiheit des Menschen auch sein mag, so lange nützt sie nichts oder doch nur wenig.

Wir haben eine Reihe bedeutender Vorlämpferinnen der Frauenbewegung, die sich von der Politik, meistens von der Parteipolitik, abgewandt haben. Einer Partei angehören, heißt ja schon längst nicht politische Bildung haben. Diese politische Bildung fehlt wohl unserem Volk überhaupt noch sehr. Sie fehlt aber am meisten natürlich den Frauen, denen man sie fast überall künstlich ferngehalten hat oder die zu gleichgültig waren und noch sind, um sie sich zu eigen zu machen.

Fragen wir doch einmal die Frauen, was sie wissen von Steuerfragen, Finanzreform, Verfassungsfragen, Bürgerrechten, Wahlrechten, Schulpolitik usw. Ehe Frauen sich zum Anschluß an eine Partei entschließen, sollten sie genau die Stellungnahme der Parteien zu all diesen Fragen kennen.

Nicht nur, daß sie nur kurz vor den Wahlen in Wahlversammlungen gehen und dort hören, welche Fülle von Versprechungen ihnen jede Partei macht. Sie müßten die Entwicklungsgeschichte der Parteien, ihre frühere Stellungnahme zu all den wichtigen Frauenfragen kennen und daraus die Folgerungen ziehen. Und wie wenig das heute noch der Fall ist, sehen wir an dem Prozentsatz weiblicher Stimmen in den verschiedenen Parteien bei den letzten Wahlen. Je weiter nach links, um so weniger Frauenstimmen! Die Partei, die den Frauenrechten am feindlichsten gegenüberstand, deren einer Vertreter erst vor wenigen Monaten bei der Aussprache über die Befreiung der Frauen zum Richtertum noch äußern könnte: „Männer denken mit dem Gehirn, Frauen mit dem Rückenmarkt“, eben diese Partei hat nächst dem Zentrum den größten Prozentsatz weiblicher Stimmen, nämlich 56 Prozent. Bei politischer Schlußung der Frauen wäre diese Erziehung ebenso wenig möglich wie bei Frauen, die für die Rechte ihres Geschlechts eintreten. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich nicht um Vorrechte handelt. Wer aber Rechte beansprucht, der darf das nur, wenn er erfüllt ist von tiefstem Verantwortungsgefühl. Die Staatsform, die dem einzelnen mit erhöhten Rechten auch erhöhte Pflichten gibt, ist einzig die Republik. Hier heißt es nicht mehr wie in der Monarchie: „Der Staat bin ich“, sondern um mit Minna Cauer zu sprechen: „Der Staat sind wir.“ Hätten wir lauter Menschen, die in diesem verantwortlichen Sinne Politik treiben, insbesondere Frauen, so hätten wir keine kleinliche Parteipolitik. Wer Politik treiben will, der darf nicht am gestern und heute leben, der muß Pionier sein für die Zukunft, so unbequem und störend das auch für viele sein mag. Wie wenig Pioniere haben wir noch unter den Frauen!

Für solche Frauen wird es auch keinen Gegensatz zwischen Politikerin und Frauenrechtlerin geben. Aber gerade hier kann der Konflikt kommen mit der Parteipolitik. Gibt sie Raum für „die eigenen Füße“? Ist es so, daß sie aus allen Schichten und Kreisen die tüchtigsten, wertvollsten, bewußt verantwortungsvollsten Menschen heranzieht? Der bloß parteimäßige Apparat wird überschaut. Die Persönlichkeit ist unbequem, die eigene, neue denkt. Man zieht Programme auf Glaschen. Wehe dem, der aus dem sprudelnden Quell des Lebens trinkt. Unter dieser in keiner Partei zu bestreitenden Tatsache leiden viele, besonders die Frauen, die dadurch in Konflikt kommen mit ihrem Standpunkt als Frauenrechtlerin. Heute wird noch viel zu sehr Männerpolitik getrieben. Der plötzliche Umschwung vermöchte das ja auch kaum zu ändern. Für die intuitive Frau, wie Fanny Kästner in ihrem gedanktreichen Buch: „Die Kulturtat der Frau“, den Typ nennt, der aus der Überschwund des Herzens töpferisch wirkt, ist wenig Raum in den politischen Parteien. Sie trinken am sprudelnden Quell des Lebens. Solche Frau war Minna Cauer. Solche Frau war Lili Braun. Im Dienst einer politischen Partei war kein Raum für sie. Und wie unendlich viel hätten sie einer politischen Partei gegeben!

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

44. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Tine war schon sehr füchtig geworden in den paar Wochen. Sie raffte sich auf. „Er war nicht schlecht, er war zu gut“, sagte sie, als Liese sie groß ansah, fuhr sie fort: „Ich bin davon gesauert, ich selbst.“ „Aber Deern, Deern, warum denn um alles in der Welt?“ Diese Petersens Herz wurde weich, Liese läßte es; sie legte ihr Gesicht in helle Falten. Das alte dumme Herz!

Tines Augen standen voll Tränen. „Weil er zu gut war, weil ich zu schlecht und dumm für ihn war.“

„Ach je, ach je, du masst Gör!“ Liese duckte Tine unwillkürlich. „Was weißt du von dir selbst? Hört mal Kind, läßt dich denn das nicht wieder zusammenfüßen?“

Tine schüttelte traurig den Kopf.

Lieses Herz gewann die Oberhand; sie war ganz Mütterlichkeit und Güte, sie vergaß sogar den gewohnten polternden Ton. „Ja, Nähe man eine große Nacht“, sagte sie, „aber was ich zusammenfüße, hält auch für die Ewigkeit. Soll ichs mal versuchen, Kindchen?“

Zart und lind strichen ihre knochigen Finger über Tines Wangen. „Nein, nein“, rief Tine verzweifelt. „Es steht etwas daran, worüber wir beide nicht hinwegkommen.“

Solche Worte, von solch lautem, wehem Klange, hatte Liese noch nicht von Tines Mund gehört. Sie schwieg und leiste rasch ihre Maschine in Bewegung; die muhte laut rasselnd, ununterbrochen, bis sie ihren alten Gleichmut und ihre alte Grobheit wiedergefunden hatte. Als sie dann nach einer Weile aufblickte, waren auch Tines Augen trocken.

Am Sonntag nachmittag kam Lieses Schwester, die an einen Steuerbeamten verheiratet war, mit Mann und Kind. Sie verabschiedete ihren Mann, und dieser verzog das Kind. Liese schalt auf alle drei und wurde ausgelacht. Das gab viel ungewohntes Lachen in der Stube. Mam trank viel Kaffee und aß Kloben dazu.

Tine saß dabei und wurde immer stiller. Es war ihr, als könne sie in eine neue, glückliche Welt, zu der ihr der Eintritt verschlossen war...

Am andern Tage hatte Liese ein besonders schwieriges Kleid in Arbeit; ein herrhaftliches Haussmädchen hatte es als Aus-

gekleid bestellt. Der Rock sollte abwechselnd mit Blümchen und Krausen besetzt werden — Liese läufte. „Die alte dumme Maschine hat wieder ihre Nüsse. Sie ist wie ein Mensch. Manchmal macht sie ihre Sache gut, und manchmal kann man ihr noch so gut zureden, dann will sie nicht von der Stelle.“

Diese schwitzte bei der Arbeit; ihre groblustige Sonntagsstimmung war verschlagen. Sie schalt auf die verrückten neuen Moden, die den Menschen ganz aus der Gewohnheit brachten. Ein paarmal hatte es Liese schon in den Fingern gezuckt, als sie sah, wie Lieses große Finger sich mit dem Gefügel abmühten. Endlich stellte sie die Hand aus. „Soll ich das nicht machen?“ fragte sie. „Ich kann es auch!“

Lieses warf ihr den Stoff herüber. „Da hast du das obsthafte Zeug, wieviel wohl ebenso wenig wie anfangen können als ich.“

Tine fand sich bald in der Arbeit zurück; sie verstand noch immer geschickt mit Nadel und Zwirn umzugehen. Während sie eifrig stichelt, war ihr, als sähe sie vor sich das lächelnde Gesicht ihres verstorbenen Vaters, als würde er in lebter alten Weise: „Die Spekulation war doch richtig!“

Es war also doch noch zu etwas nütze, daß sie vor Jahren in Ramstedt zum Nähen ging.

Lieses Kraft vor Bergmägen über die unerwartete Hölle in der Not. Sie wurde immer redseliger vor Freude.

„Ja, ja, die Maschine“, sagte sie, „das ist ein Rader, was sie einem manchmal zuschanden macht!“

„Mit der Schere ist es ebenso, die muß man schon ganz fest in der Hand halten. Na, wenn nächst aber das Eisen kommt, das macht alles wieder glatt und gut. Ja, das Plättchen ist wie die liebe Sonne.“

„Aber Kind!“ — sie schlug mit einem Male einen ganz anderen Ton an — „du nöbst ja wie eine ausgelernte Mörderin!“

Sie sagten, seitdem sie sich näher getreten waren, „du“ zueinander.

„Was willst du denn nächst anfangen, wenn . . .“

„Denn muß ich wohl weiterdienen“, sagte Tine.

„Ich müßte was Besseres“, sagte Liese und zwinkerte mit den Augen, „aber ist weiß man nicht, ob du sehnhaft bist.“

„Ja, das bin ich.“ Tine lächelte, sie verstand die Alte.

Immer mehr schlossen sich die beiden so verschiedenartigen Frauen aneinander. Immer tiefer sah eine der anderen ins Herz und fand auf dem Grunde lauter Gold.

Tines schwere Stunde kam. Halt dich fest an meinen Rock, und wenn du mit den Füßen aus den Falten reißest. Halt dich an mich!“

Als der erste Schrei des kleinen Wesens ertönte, das hier das Licht der Welt erblickte, beugte sich die Alte mit feuchten Augen über das junge Weib.

und der eines ungelernten Arbeiters auf 30 Pfund beläuft. Der Lohn reicht also kaum aus, um die Arbeiter mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen. Gleichzeitig wütet aber im Lande eine zunehmende Arbeitslosigkeit, da die Bolschewiken die wertvollen Maschinen und Nachfrage aus dem Lande schleppen und so die Industrie zum Stillstand verurteilen.

Da auch die georgische Bauernschaft durch die fortgesetzten Requisitionen erbittert ist, ergibt sich in Stadt und Land eine gleich starke oppositionelle Stimmung gegen die Regierung, die bald hier bald dort zu offenen Aufständen führt. Die Sozialdemokratische Partei, die nach wie vor die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, gibt sich die größte Mühe, diese Aufstände zu lokalisieren und die Bevölkerung von diesen Verzweiflungsausbrüchen zurückzuhalten, die nur unruhige Opfer fordern und den Besatzungsbehörden neue Vorwände für ihr räuberisches Verhalten liefern. In den letzten Monaten ist die Zahl der Freiheitsstruppen, die sich ursprünglich auf 15 000 belief, mehr als verdoppelt worden. Auch Artillerie ist in die aufständischen Bezirke gesandt worden, in denen mehr als 50 Dörfer zerstört und zahlreiche Bauern getötet worden sind.

Im allgemeinen ist die Lage in Georgien die, daß das Säbelregiment der Kommunisten sich nur unter Anwendung brutalster Gewalt hält und nicht die geringsten Wurzeln in den breiten Massen des georgischen Volkes hat, die sehnsüchtig des Augenblicks harren, wo sie von dieser Gewalt- und Fremdherrschaft befreit werden.

Östlicher Bellemungen.

Während die „Kreuzzeitung“ die Gründung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ ohne Kommentar meldet, ist die Begleitmusik der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Deutschen Zeitung“ auf Moll gestimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ muß zugeben, daß Meinungsverschiedenheiten tieghender Art über praktische Zielsetzung und Methode der politischen Arbeit die Scheidung nötig machen. Da Zielsetzung und Arbeitsmethode das Wesen einer Partei ausmachen, trennt also fortan Deutschvölkische und Deutschnationale eine unüberbrückbare Kluft. Es ist deshalb ein etwas billiger Trost, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, die große Masse der Deutschvölkischen bleibe trotzdem in der Deutschnationalen Partei.

Die „Deutsche Zeitung“ ist offener. Sie verbirgt den Kummer nicht, den ihr die Parteigründung anfüllt. Sie ist mit Herrn von Westarp darin einer Meinung, daß eine Abspaltung von der parlamentarisch-nationalen Front auf alle Fälle hätte vermieden werden müssen. „Es wäre ein Jammer“, so heißt es da, „wenn das uralte deutsche Erbäbel auch hier zur Auswirkung käme und höchstverwandte sich zur Freude der gemeinsamen Gegner bekämpfen würden.“ Sie beschwört die „Deutschvölkische Freiheitspartei“, den Gegner nicht in der nächsten Nachbarschaft, bei der Deutschnationalen Volkspartei, zu suchen. Es heißt also bei den Deutschnationalen Volkspartei noch nicht: „Der Feind steht rechts!“ um so größer ist aber die Furcht vor den „Freunden“ auf der Rechten. Im übrigen beruht unsere gesagte Meldung vom Beitritt eines „Kreuzzeitung“-Redakteurs zur neuen Partei auf Tatsack.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

19. Dezember, 18. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	2928.67	2448.86
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	496.27	429.98
Kristiania	1 Kr.	1386.52	1162.08
Kopenhagen	1 Kr.	1521.18	1271.81
Stockholm	1 Kr.	1955.10	1684.90
Helsingtors	1 finn. Mk.	182.54	158.11
Rom	1 Lire	374.06	309.20
London	1 £	33915.—	28428.75
New York	1 Doll.	7294.21	6084.75
Paris	1 Frs.	588.65	466.83
Zürich	1 Frs.	1894.—	1157.10
Madrid	1 Peseta	1157.10	8007.46
Wien	100 Kr.	10.47	8.87
Prag	1 Kr.	208.47	172.56
Budapest	100 Kr.	3.11	2.59

„Es ist ein Mädchen!“

„Das ist gut“, sagte Tine leise. Ermaut und bleich lag sie in ihren Armen. Sie sah, wie ihre Lippen sich noch bewegten; immer tiefer beugte sie sich hinab, und obgleich die Worte nur wie ein leiser Windhauch von den Lippen färmten, verstand sie sie dennoch.

„Wie sieht es aus?“ fragte Tine.

„Es hat seines hellen Haar und blaue Augen,“ sagte Liese. Da saß ein schönes, verklärtes Lächeln über das Antlitz des jungen Weibes.

Als ihr Liese näher das Kindchen im Stocklappen reichte, rosig und zart, das Köpfchen von einem leichten Klamm umgeben, da lag eine fast überirdische Freude auf dem kleinen, süßen Gesicht der jungen Mutter. „Jetzt weiß ich, wofür ich lebe“, flüsterte sie.

Um andern Tage fragte Liese sie, wie das Kind heißen sollte.

Tine hatte es gerade an die Brust gelegt, an der es seit Minuten platt drückte. „Jan“, sagte sie in Gedanken verloren, dann aber verbesserte sie sich rasch: „Nein, Johanna!“

Drei Wochen waren seit der Geburt der kleinen Johanna verflossen. Das Kind war in aller Stille getauft worden. Tine saß wieder auf ihrem Stuhle Liezen gegenüber und half nähern. In der Nähe des Niens, in Liese Petersens altem Wäschekorb lag das Kind und schlief.

„Es ist ein geruhiges Kind“, sagte Liese, „es verursacht wenig Ungemäßigkeit.“ (Liese sprach nur mit gedämpfter Stimme.)

„Ja“, meinte Tine, „es wird Zeit, daß ich mich nach etwas umsehen.“

„Willst du denn nicht hierbleiben?“ fragte Liese.

„Es geht doch nicht“, verjezte Tine etwas bedrückt.

„Es geht alles“, sprach Liese bestimmt, „wenn du nur willst. Du hast ne geschicktere Hand als ich. Wir können ganz gut zusammen nähen und unseren Haushalt zusammen führen. Der Verdienst gehört uns beiden, und was übrig bleibt, teilen wir uns. Dann bleibt das Kind wenigstens bei der Mutter. Willst du oder willst du nicht?“

„Ja, ich will“, sagte Tine und fügte rasch hinzu: „Ich will gern!“

„Aber eins bedinge ich mir aus“ — die Alte legte ihr Gesicht in helle Falten — „die Hälften von dem Kind gehör mir!“

Lachend, mit Tränen in den Augen, reichten die beiden Frauen sich die Hände.

Fortsetzung folgt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Distrikt Lübeck.

Nachruf.

Am 18. 12. gestorben unser Kollege

Heinr. Schwein.

Eine jungen Studenten!

Beerdigung am Donnerstag, 21. 12. 1922. nachm. 11 Uhr von der Kapelle Börner aus. (10925)

Die Ortsverwaltung

Wester verstarb unerwartet nach einem arbeitsreichen Leben infolge Herzschlages unter Tel. Wester Schuhfabrik in Großkrotzen

Ludwig Kettler im Alter von 71 Jahren. (10926)

Dies seiigen Herrn

Die Ärztelebenen.

Lübeck.

den 20. Dezember 1922

Feierfeier Freitag, 22. Dezember, nachm. 11 Uhr in der Stadtkirche des Heiligen Petrus Friedenskirche

Am 1. Dezember erkrankte Herr und Frau Mann, unter Tel. Wester, Schuh- und Grobwaren, für Kettler. (10927)

Johannes Müller

1. März v. 80 Jahren.

Großherzogin.

Maria Müller

geb. Wachtmann

in Familie

Siegerfeldse.

Wendig, Lübeck.

Herrn Kettler.

Allen denen, die unsern lieben Sohn Walter die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, Herrn Hauptmann für seine so rührenden Worte und innigsten Dank.

Joh. Kasten u. Familie

Größen am Mittwoch den 29. Dez. im Hause

Emilienstr. 16 eine

Reichsdruckerei.

Um gütigen Zuspruch bitten (10927)

O. Möller & Co.

Schlüsse (10928)

Schuhträger

Sauersölfte

Gummiboden

in großer Auswahl

10000 Schuhe

Seiden-Schals

Seiden-Schals

und Leder-

Sandstraße 6.

Belgenpfeife (10929)

an Teigem-

nten in Gold,

Silber u. Platin

Goldschmiede

und Parfümerie

Matern, Lübeck,

Reichsdruckerei 26. (10910)

Fichte
Samtdecke
Gardinen
Kinderbetten
Futteral

10928

10928

10928

10928

Ankauf ständig höchstzahlend:

Alfgold-, Silber-, Platin-

BRG., alte Schlüsse,

Brennholz, Brillanten,

Die kleinen Gaben der Herren 2000.

Goldschmied Tollgreve,

92 Königstraße 92. (10928)

Edelmetallschmelze.

Der Dollar steigt wieder, Margarine nur einige Tage billiger

pro Pfd. 900.— 950.—

Schmalschäfte 1200.—

Palmin 1000.—

Kinderfall 900.—

Kunstpelzseide 950.—

Übercoat Margarine-Zentrale

A. Dressen. (10928)

Filiale: Poststraße 10, Marktstraße 10, Brüderstraße 45, Brüderstraße 47, Brüderstraße 49, Brüderstraße 51, Brüderstraße 53, Brüderstraße 55, Brüderstraße 57, Brüderstraße 59, Brüderstraße 61, Brüderstraße 63, Brüderstraße 65.

Wetter Fett-Käse

Markt 550 Mark

Max Pauls

Hauswarenhandlung.

Große Burgstraße 18. (10921)

Tel. 3724.

Noch sehr preiswert!

Für den Weihnachtskäufchen:

Herren-Anzüge, Paletots, Schläpfer, Kleider, Mäntel, Winterjacken, sämtliche Schuhwaren, Hemden, Tischdecken, Tagesdecken, Sonnenräger, Jumper, Strickjacken

Mauthaus

Franz Wehrendt

Baleauerlohr 35. (10942)

Noch sehr preiswert!

Praktische Weihnachtsgeschenke

Klubjacket

Rodelgarnituren

Schals

Jumper

Westen

Stridjacket

Lodenanzüge

Joppen

Manchesteranzüge

Ledergürtel

Ausrüstungen für den Wintersport.

10989

Gassmann

SPORTHAUS

Breite Straße 83.

Hosen, Kanin, Ziegen- u. alle andern Zelle, Herde-, Rindfleisch-, Hühner- und Hirschküche (10905)

Leder
Lederanzchnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
zu alle Schuharten
C. Grünau Nachf., Lederhandlung und Schuhfabrik. (10911)

Großes Weihnachtsgeschenk

Gr. Kosten lange u. halb. Stiefel von 9000 Mt. an
Stärke Arbeitsstiefe, neue und gefertigte, Damens- u. Herren-Schuhstiefel, Kosten ledige Hosen und Joppen, Militär-Einheitsmäntel, Mützen noch billiger. (10941)

C. Schröder, Baleauer-

straße 10. (10929)

Gesen, Herde,
Brennhexen,
Gaskocher

mit der "grünen" Flamme.

Größte Gasersparnis!

Ausverkauf! W.H. Weller,

Mühlenstraße 30/32.

Fachmännische Reparaturwerkstatt:

Kapitelerstraße 2a. (10934)

Grüne-Hänges

für den Weihnachtstag:

Rechnung Nr. 2000, m. 795,- 595,-

Scadentzelle 1. 795,- 595,-

Reihende Velenz für Herrenkleider

Damen-Wester in Leder (10927)

Woll-Herren-Wester in allen Preisen

W.L. v. Flarell-Damen-Unterrock

1950,-

W.L. v. Flarell-Damen-Unterrock

1950,-

Wollene Kinder- und Taschentücher

395,- 195,-

Ja. Wiener Schürzen 995,-

Blane Reform-Kleider

für Damen und Kinder

Ja. Wellerstraße, 100 cm 1250,-

Kinder-Unterrock 135,- 95,- 65,-

z. Taschentücher (Gräbels) 15,- 175,-

z. Tricot-Glasur-Handtuch 495,-

1. Kosten für Taschentücher 395,-

Kinder-Handtuch alle Größen

Kostüme, Damen-Bluse, Normal-

Weste noch sehr günstig.

W.L. v. Flarell

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

10928

Lübecker Volksbote

1. Beilage.

Mittwoch, 20. Dezember 1922.

Nummer 207.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 20. Dezember.

An die Arbeitnehmerschaft Lübecks!

Von Mitgliedern der kommunistischen Partei werden Sammlungen für die Streikenden in Ludwigshafen veranstaltet. Wir machen hiermit auf den Beschluss der Gewerkschaftsvorstände aufmerksam, der besagt, daß ohne Genehmigung der Vorstände keine Sammlungen unterstützt werden dürfen. Lehnt jede Zeichnung ab, da keinerlei Kontrolle besteht, wie und an wen die Gelder verteilt werden. Auch die Listen, die vom Arbeitslorentz umgeteilt sind, sind zurückzuweisen.

Der Vorstand des A. D. G. B.

Der Schriftwechsel mit den Kommunisten.

In der Bürgerschaftssitzung am Montag wurde von den Bürgern gesprochen, die die kommunistische Fraktion an eine Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen knüpften. Um Missverständnisse auszuschalten, wollen wir diese Schreiben veröffentlichen. Sie lauten:

Lübeck, den 11. 12. 22.

Un den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft

Lübeck.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der letzten Sitzung der Bürgerschaft hat ein grettes Schlaglicht auf die politischen Verhältnisse im Freistaat Lübeck geworfen. Die Entwicklung, die die Dinge in der Amtsblattfrage genommen haben, war nur möglich dank dem Umstände, daß Lübeck, das in seinem Parlament seit vier Jahren eine Arbeitnehmerheit hat, eine Regierung besitzt, die sich in ihrer Mehrheit aus Vertretern der bürgerlichen Weltanschauung zusammensetzt. Lübeck muß eine Arbeitserregierung haben. Die Aufgabe dieser Arbeitserregierung in Lübeck kann nicht allein in einer Lösung der Amtsblattfrage bestehen, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung Lübecks entspricht. Eine Arbeitserregierung muß die Interessen der breiten Massen der Lübecker Arbeitnehmer, der Beamten und der Angestellten in rücksichtsloser Weise wahrnehmen.

Das kann geschehen durch Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmittel, vor allem Brot, Fett, Kartoffeln und Kohlen zu herabgesetzten Preisen. Die hierzu erforderlichen Mittel sind durch eine Vermögensabgabe aufzubringen. Einwirkung auf das Reich zwecks Erlass eines Gesetzes über die Erfüllung der Sachwerte. Die Bischlagsnahme der Luxuswohnungen und aller nicht voll ausgenutzten Wohnräume und Zuweisung dieser Wohnungen an Wohnungssuchende unter Kontrolle der Arbeitnehmer. Strenge Maßnahmen gegen die Durchführung des Arbeitkündigungs durch die Unternehmer. Sofortige Inanspruchnahme von Rüstungsarbeiten zur Bereitstellung der Arbeitslosigkeit. Den dabei Beschäftigten ist der tarifliche Lohn zu zahlen. Wahl eines Wuchergerichtes durch die arbeitende Bevölkerung. Sofortiger Erlass der schärfsten Gesetzesbestimmungen gegen den Wucher. Zurückberufung des Deutschen Nationalen Revolutions von seinem Posten als Gesandter Lübecks bei der Reichsregierung in Berlin. Auflösung und Verbot aller gegenseitigen Organisationen, Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes.

Die Durchführung dieser Maßnahmen, so beschließen sie auch sind, wird den stärksten Widerstand der Bourgeoisie auslösen. Die Arbeitserregierung muß sich deshalb auf die organisierte Arbeitnehmer und insbesondere auf die Betriebsräte stützen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften sind zur Mitarbeit in allen Fragen heranzuziehen.

Wir erwarten, daß Sie bereit sein werden, auf dem Boden dieser Forderungen die Bildung einer Arbeitserregierung in Lübeck vorzunehmen. Die kommunistische Fraktion wird einer Regierung, die diese Forderungen in beschleunigter Weise zur Durchführung bringt, ihre volle Unterstützung leisten.

Mit kommunistischem Gruß

Der Vorstand der kommunistischen Fraktion der Bürgerschaft,

Egon Nickel. Heilborn.

Die Antwort:

Lübeck, den 15. Dezember 1922.
An die kommunistische Fraktion der Bürgerschaft
hier.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion hat Ihr Schreiben vom 11. 12. 22 betrachtet. Folgendes hat sie zu erwideren: Nach wie vor wird sich die Fraktion nur von dem einen Ziel leiten lassen: Dem Wahl der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu dienen. Mit Genugtuung nimmt die Fraktion davon Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, sie in dieser Politik in Zukunft zu unterstützen.

Die Stellung der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion zum Senat, worüber Sie in Ihrem Schreiben ja eine Erklärung verlangen, wird stets diktieren sein 1. von der des Senats zu unseren oben bezeichneten politischen Richtlinien usw., 2. von den Verfassungen des Reichs und unseres Freistaates.

Die Forderungen, die Sie aufstellen, deuten sich, soweit sie mit der tatsächlichen Möglichkeit rechnen, und nicht bloß agitatorischen Zwecken dienen, größtenteils mit dem, was auch wir fordern.

Wert legt die sozialdemokratische Fraktion darauf, festzustellen, daß der Zuwachsgrad ihrer ebd. Unterstüzung für ihre gesamtpolitische Einstellung nicht völlig unbedeutlich ist. Mit sozialdemokratischem Gruß
(Unterschrift)

Amtlicher Teil.

Durch Beschuß des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 19. September 1922 ist die Verfügung des Polizeiamtes vom 5. Juli 1922, durch welche der heisige Leja-Bund verboten und aufgelöst wurde, wieder aufgehoben.

Lübeck, den 18. Dezember 1922. (10905)
Das Polizeiamt.

Erhöhung von Fährgeldern.
Das Fährgeld der Struckfähre, der Einsiedel-fähre, der Fähre nach der Wallhalbinsel, der Fähre im Umschlaghafen und der Fähre bei Dänischburg wird auf das Bierfache, das der Fähre im Kluhafen auf das Sechsfache der am 5. September 1922 festgelegten Schafe erhöht.

Lübeck, den 18. Dezember 1922.

Das Amtsgericht, Abt. 2.

Güterrechtsregister.

Am 19. Dezember 1922 ist 1. bezügl. der Ehe des Wermeisters Ludwina Friedrich Christian Paul Kunkel und Else Marie Cäcilie geb. Soiztar verm. Nach in Lübeck und 2. bezügl. der Ehe des Kaufmanns Hans Weber und Christiane Johanne Hammer in Lübeck folgendes eingetragen worden: Durch Ehevertrag vom 7. November 1922 bzw. 29. November 1922 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes an dem vorhandenen und noch zu erwerbenden Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. Das Amtsgericht, Abt. 2.

Handelsregister.

Am 19. Dezember 1922 ist eingetragen bei der Firma Julius Appel, Lübeck: Der Lotte Rahlf ist Gesamtpfarrer erteilt dergestalt, daß sie berechtigt ist, zusammen mit einem anderen Gesamtpfarrer die Firma zu vertreten. (10938)

Nichtfamilialer Teil.

für die innere Stadt
ein (10948)

Bose

gesucht. Genossen, die Zeit und Lust haben, müssen sich im Parteisekretariat, Johannestraße 50, melden.

Lehrling

mit guter Schulbildung

gesucht.

Sportkasse Gassmann,

Breite Str. 88. (10940)

Schlüssel, f. 10j. J. gel. I.

n. A. 220 a. d. Gep. (10939)

Schlüssel, f. 10j. J. gel. I.

n. A. 220 a. d. Gep. (10930)

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Heute, Mittwoch sowie Sonnabend nachmittag das Weihnachtsmärchen "Prinzessin Huschewind". Sonntag nachmittag fällt die Vorstellung dagegen aus. Mittwoch "Die Großstadtluft". Im Donnerstag Ab. wird Wolf-Ferraris musikalische Komödie "Die neugierigen Frauen" wiederholt. Freitag zum letzten Male "Fidelio".

Hansa-Theater. Heute, Mittwoch, sowie Donnerstag 7½ Uhr: "Das Hollandweibchen". Freitag "Familie Raiffe".

Angrenzende Gebiete.

Altona. Eine Geheimbündlergesellschaft festgenommen. Wie das Hamb. Echo erzählt, sind nichts in der Schuhfabrik Fehlhausen u. Nadel, in der Lagerstraße, 25 Personen festgenommen wegen des dringenden Verdachts, einem Geheimbund "Schwarz-weiß-rot" angehörten. Es handelt sich durchweg um Angehörige der "besseren" Gesellschaft.

Flensburg. Bürgermeisterwahl. Bei der Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Flensburg wurde der bisherige erste Bürgermeister Dr. Todten mit 13 791 Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt, während der von den Sozialdemokraten aufgestellte und von den Dänen unterstützte Gegenkandidat Dr. Wagner-Römmig (Hamborn) 8842 Stimmen erhielt. Dieser Wahlausgang wird von der bürgerlichen Presse als ein gewaltiger "deutscher Wahlsieg" ausgelaufen, weil auch die Dänen für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Wenn es sich bei der Abstimmung wirklich um die Entscheidung zwischen Deutschen und Dänen gehandelt hätte, würde das Resultat nicht einen Sieg, sondern eine Niederlage des Deutschums darstellen. Denn bei der Abstimmung über die Staatsangehörigkeit Nordschleswigs waren in Flensburg 80 Prozent deutsche und nur 20 Prozent dänische Stimmen abgegeben. Wenn man heute die sozialdemokratischen Stimmen als dänische hinstellt, so leistet man mit dieser nationalistischen Hinsicht dem Deutschland einen Vorendienst. Wie diese Wahl zustande gekommen ist, darüber berichtet unser Flensburger Parteorgan: "Ein noch nicht dagewesener Terror, der sich darauf stützte, daß die Wahl eine öffentliche war, ist bei dieser Wahl ausgeübt worden. Die weitere Ursache unserer Niederlage war jerner die Verschiebung der Wahl auf das nationale Gebiet. Sie ist wohl so gelogen und geschwindelt, wie bei dieser Wahl. Unser Kandidat wurde von den Gegnern in der gemeinsten, insamten Weise zum 'Dänen' zum 'Dänenfreund' und 'Landesverräter' gestempelt. Das in allen Abstimmungsgebieten stark entfachte und lebendige Nationalbewußtsein wurde im stark umkämpften Flensburg zum Fanatismus und zur Raserie gesteigert. Die Wahl wurde einfach zur nationalen Kundgebung und mit den allergrößtmöglichen Mitteln von deutscher Seite inziniert. Dazu kam die bei allen Kommunalwahlen beobachtete Launeit der sozialdemokratischen Wähler."

Oldenburg. Der Konsumverein als Preisregulator. Der Oldenburger Konsumverein hat eine neue Verteilungsstelle in Gruppenbüchern errichtet. Von dem Tage an, als in dieser Verteilungsstelle auch Brot abgegeben wurde, veröffentlichten die Bäder sofort in ihren Fenstern und Eingangstüren einen allgemeinen Beschluß, daß von nun an auf den festgelegten Brotpreis stets sofort 3 Prozent in bar wieder zurückgestellt würden. So half der Konsumverein auch der übrigen Bevölkerung das Brot billiger, was auf andere Art und Weise wohl nie geschehen wäre. Kurze Zeit darauf eröffnete die Genossenschaft eine weitere Verteilungsstelle in Ganderkesee, wo sich das gleiche Schauspiel wiederholte. Zwei praktische Beispiele für die preisregulierende Tätigkeit unserer Genossenschaften!

Bremen. Polizeibeamte als Räuber. Von dem Bremer Schwurgericht wurden zwei Bremerhaven Polizeiwachmeister, die einen amerikanischen Schiffsoffizier nachts überfallen, mißhandelt und ausgeraubt hatten, zu fünf Jahren Zuchthaus bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus aller Welt.

Die Bestie im Menschen. Die "Kölner Zeitung" meldet: Der belgische Staatsangehörige Leonhard Orshoven, der seit dem 6. Dezember vermisst wird, ist einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Er beschäftigte sich mit dem Einkauf von Brillanten und wurde in die Befasung eines bekannten Schweinezüchters in Siegburg gelockt unter dem Vorwand, daß dieser von ihm einen Brillantring kaufen wollte. Dort schlug der Schweinezüchter den Wohnunglosen mit einem Hammer nieder, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Dem Töter fielen ein Betrag von einer halben Million in deutschem und ausländischem Gelde sowie einige Wertgegenstände in die Hände. Der Täter wurde festgenommen. Nach einer anderen Meldung will der Schweinezüchter die Leiche des Ermordeten später allein zerstüttelt, in einem Kessel gekocht und als Hundesutter verwendet haben.

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: Staatsarbeiter v. Burgdorf 1000.—, Sparklub "Ewig" 1000.—, Onkel Hans 1000.—, Ungerann Mt. 20 000.—, M. Mt. 50.—, Gemüllmarkt auf einer Mitgliederversammlung in Kurau Mt. 554.—, H. Travemünde Mt. 50.—

Das Parteisekretariat

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leberecht für Freistaat Lübeck und Feuerland Hermann Bauer für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

la. Margarine 8 950.-
Kuchenstück 140.-
Weizenniehl 220.-
Orangenchale 95.-
Reiner Kaka 250.-
Marmelade 140.-
Kunsthonig 210.-
Walnüsse 450.-
Baumw. 80.-
Rum Berisch. 160.-
Kognak 1600.-
D.R.P. 555.-
Obstsalat 333.-
gek. 95.-
Friedrich Trosiener, Mühlenstr. 87. (10949)
Reisbrett, Zirkel, s. verl. (10953) Ludwigstr. 67, r.
3. o. 19. v. n. Mädchens. 26. (10928) Bleicherstr. 25.
Zuführung, w. n. b. z. pf. (10920) Blücherstr. 27.
R.-Schlitt, Feldbst. z. ol. (10921) Beckergr. 60, p.
Schauk, Mot. schw. Lehrbuch z. v. Percevalstr. 41, (10946)
Kind.-Blok.-Sp.-Wag. z. off. Hüftr. 59, l. (10925)
Flieg, Holländ. z. v. (10922) Gr. Altefahre 9, Flüg.
Schlitten zu verkaufen. (10932) Dornestr. 9, b.

Meyer Restaurants Cafes
Konditoreien

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.
Neues Haus

Hotel Stadt Hamburg Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße. Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

Stadthallen-Restaurant. F. 896. Täglich Künstler-Konzert. Sonnags vornehmes Kränzchen. C. Hanschen.

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Straßenlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Dodega Weinstuben. F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenbergs. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaus halle Tägl. von 5-1 Uhr Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Poland Tagl. Künstler-Konzert.

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spicker Wwe. Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater Fernruf 5695. Breite Straße 12. Beste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ausgewähltesten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluss 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezentie Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino. Johannisstr. 3.

Julius Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

Niedermanns Konditorei Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porte Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf jungen Loser Trauringa. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 25.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 8740. Marlesgrube 8.

Lorenz Behnfeldt Breite Straße 5. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied. Breite Straße 43. Gold-Silberwaren, Versilb., Alpacca, Nickelwaren.

Hollers Musikhaus Lübeck. Markt 2.

Meyer & Eggert Fernruf 2426. Königstraße 116. Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Bieckrich & Co. Musikinstrumente. Bestandteile. Noten jeglicher Art. Salter Beckergrube 27.

Musik-Ernst Robert Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw. Breite Straße 29. Fernr. 8750.

A Geschäftliche Rundschau und Zeitung Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch

Mustergeschäft
St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum

Inh.: W. Ludwig, Markttwiete 2.

Musikhaus Jack

Musikalien aller Art. Markttwiete 2.

Grabsfeine J. G. Redtiglaub Nöllig.

Israelsdorfer Allee 17. u. 34. Fernsprecher 8197.

Größte Auswahl am Platze. Billige Preise.

Restaurant Spaßvogel

Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202. Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee.

Fernruf 2894. Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero

Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 5 Uhr. Weberus-Stimmungs-Konzerte.

Fledermaus

Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. 1. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr.. Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal

Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss

Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8893.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Büdön		Eutin		Travemünde	
Uhr	Reisung	Uhr	Reisung	Uhr	Reisung	Uhr	Reisung
5		5		7		7	
55	725	55	705	8	915	725	
7	W 850	70	84	100	245	1145	105
75	92	820	D 92	41		* 125	
9	D 1025	840	D 93	55	625	37	42
11	103	1225	101	105	102	725	84
13	25	101	1125	—	D 55	55	55
15	52	1222	105	1222	105	1222	105
17	55	55	55	105	105	105	105
19	D 820	55	55	105	105	105	105
21	725	55	55	105	105	105	105
23	92	655D	725	75	855	725	725
25	D 92	920	92	920	920	920	920
27	1047	725	92	920	920	920	920
29	1112	920	102	920	102	102	102
31	1145	1145	1222	105	105	105	105
33	—	—	55	725	705	D 820	820
35	(Ohne Gewalt)	—	920	1124	715	920	920

Klein

Klein		Segeberg		Travemünde		Lübeck	
Uhr	Reisung	Uhr	Reisung	Uhr	Reisung	Uhr	Reisung
7	15	812	615	725	601	622W	601
9	1045	825	915	815	900	815W	1011
11	1218	100	1224*	1218*	121*	1034	
13	1245	285	355	1245	247	315	
15	1422	335 D 412	785	1422	785	755	
17	1555	745 S 824	725	1555	725	725	
19	1725	825	915	1725	915	1725	

* Nur bis zur weiteren

Blenderf. Travemünde ab Strand ab Stadt ab an

652W 652W 652W 652W 652W 652W 652W 652W

1035 1035 1035 1035 1035 1035 1035 1035

1104 1104 1104 1104 1104 1104 1104 1104

355 355 355 355 355 355 355 355

418 418 418 418 418 418 418 418

500 500 500 500 500 500 500 500

812 812 812 812 812 812 812 812

820 820 820 820 820 820 820 820

910 910 910 910 910 910 910 910

Markmann & Meyer

Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleneingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Aussstellungsräume. — Fernruf 1050. Marlesgrube 45, 40.

Georg Petersen

Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner

Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen

Fernruf 1894

Camphausen & Co. Kraftfahrzeuge.

Posschl's Kohlenhandel

E. Braun-Schweig Nord Kohlen Koks Briketts

Abtzung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 52

Johannisstraße 16, I.

Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.

Fernruf 8210, 8717.

Koks • Kohlen • Briketts

Allgemeintrieb des Lübecker Gaswerks

Max Boje Holz, Kohlen- und Holzkohlen-Lager. Täglicher

Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441. Koks, Kohlen, Briketts. Fernruf 943. Pelzerstr. 24.

Kohlen, Koks, Briketts

Kohlen, Koks, Briketts

Kohlen, Koks, Briketts